Die Posener Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme Montags. — Bestellungen nehmen alle Post-Anstalten des In- und Auslandes an.

Posener Zeitung.

Das Abonnement beträgt vierteljährl. für die Stadt Posen 1 Rthlr., für ganz Preußen 1 Rthlr. 7 sgr. 6 pf. — Insertionsgebühren 1 sgr. 3 pf. für die viergespaltene Zeile.

№ 263. Sonnabend den 10. November. 1849.

Potsdam, den 8. November. Seine Majestät der König sind heute Morgen Ihrer Majestät der Königin nach Breslau entgegengereist, um daselbst auch Ihrer Majestät der Königin von Sachsen und Ihrer Königlichen Hoheit der Prinzessin Johann von Sachsen die Aufwartung zu machen.

Berlin, den 9. November. Der Herzog von Beaufort ist von Brüssel, und der Erbschenk im Herzogthum Magdeburg, Graf vom Hagen, von Möckern hier angekommen.

Deutschland.

△ Berlin, den 8. November. „Caeterum censeo, Carthaginem esse delendam!" So beginne ich zu Ihrer Beruhigung, — bis die Entscheidung jeden Zweifel verscheucht — im contrairen Sinne meine Berichte mit den Worten: Carthago wird nicht zerstört! zerstört in keiner Art, denn auch die Demarkation wäre eine Zerstörung.

Ich habe es Ihnen schon gesagt, und wiederhole es hier, aus guter Quelle, von der Demarkation wird ganz abgesehen. Unter den Vorlagen für die Kammern wird sich kein darauf beziehender Vorschlag befinden. Um zwei Pläne wird es sich einzig handeln, wie ich es Ihnen bereits mitgetheilt: 1) Um Zerstückelung der Provinz und deren Zutheilung zu drei anderen, und 2) um Erhaltung derselben in ihren gegenwärtigen Bestandtheilen als Preußische Provinz mit Vermehrung der, dadurch von selbst sich ergebenden, kleineren Landrathämter. Scheint die Stimmung auch bis jetzt noch für den ersteren Plan zu sein, so hege ich doch die feste Ueberzeugung, daß es den Abgeordneten der Stadt Posen gelingen wird, die Majorität für den letzten Plan zu gewinnen. Die Kammern wollen das Wohl des Landes; das Wohl des Landes bedingt das Wohl der Provinzen; das Wohl der Provinz Posen liegt einzig in einer engen Verschmelzung mit Preußen und dadurch mit Deutschland; und zu diesem Ziele führt einzig die Realisirung des letzteren Plans. Die Demarkation würde einen Theil des Großherzogthums Posen für immer ausscheiden; die Zerstückelung nur ungewiß und auf Umwegen zu ihm führen; der letzte Plan ist einfach, natürlich, geht direct auf sein Ziel los, und erspart der Provinz einen möglichen Ruin, und mindestens ganz sichere Verluste. Darum: Beruhigung! vor Allem keinem panischen Schrecken Raum gegeben! die Grundstücke nicht à tout prix verkauft! der Spekulation und dem Wucher nicht Thür und Thor geöffnet! die Provinz wird als solche bestehen, wird ihrer Entwickelung im germanischen Geiste Schritt vor Schritt immer mehr entgegen gehen, und einst im vollsten Maaße die Früchte genießen, die einer 30jährigen Anstrengung nicht entgehen werden. Darum Muth und Vertrauen:

Posen ist noch nicht verloren!

△ Berlin, den 8. November. Die Fractionen der Kammer beginnen sich zu trennen. Aus der der „Stadt London" ist die Majorität ausgeschieden und ins Hôtel de Russie übergesiedelt. Hier folgt ihr Programm!

Die Unterzeichneten werden sich bei ihrer ferneren Wirksamkeit in der zweiten Kammer durch folgende Grundsätze und Erwägungen leiten lassen.

I. Sie erkennen in dem Geschäfte der Verfassungsrevision die eine, in der Theilnahme an der materiellen Gesetzgebung die andere, von jener unabhängige, Seite ihres Berufs und werden stets darauf bedacht sein, beide Funktionen in der Art auszuüben, daß sie nicht dem Gelingen oder Mißlingen der einen auf die andere einen bestimmenden Entschluß gestatten.

II. Die Revision werden sie fortführen, wie sie es für das dauernde Interesse des Landes am zuträglichsten halten und sich weder durch die Beschuldigung, daß sie den Rechten der Krone, noch daß sie den Freiheiten des Volks zu nahe treten, irren lassen. Ueberzeugt indessen, daß ein Mißlingen jenes Werks von den übelsten Folgen für das Land begleitet sein würde, und die Rechte aller Staatsgewalten gleichmäßig achtend, werden sie ungelösten Konflikten (wie in Betreff des Artikel 108) gegenüber den Weg der Verständigung gern betreten und jedenfalls nicht vielfache Verbesserungen der Verfassungsurkunde dann zurückweisen, wenn in einigen Punkten deren Abänderung nicht ihren Ansichten gemäß erfolgen sollte.

III. Bei allen Fragen der materiellen und organischen Gesetzgebung, die sie für eben so wichtig und dringend erachten, als die Verfassungsrevision, werden sie ihre Abstimmungen nur durch eine aus gründlicher Prüfung der Vorlagen gewonnenen Ueberzeugung bedingt sein lassen. Indem sie daher eine jede tendenziöse Opposition von sich fern halten, werden sie die Regierung auf dem Wege, welchen sie in der Leitung der inneren Angelegenheiten, so wie zur Begründung des engeren Deutschen Bundesstaats bisher befolgt hat, in konstitutionellem Sinne unterstützen. Berlin, den 1. November 1849.

Ein constitutionell-conservatives Programm! Was es will begreifen wir; was es bedeutet begreifen wir nicht, denn zu diesem Bekenntniß erscheint uns keine Ausscheidung aus der bisher vereinten Fraction nöthig. Haben sich nicht in geheimen Berathungen derselben entgegengesetzte Tendenzen Geltung verschafft, so vermeinen wir, dies Programm hätte der Anerkennung keines Mitgliedes der Gesammtfraction ermangelt. Inzwischen ist es nicht gut denkbar, daß es ohne innere Nothwendigkeit, mindestens ohne bedeutende Veranlassung entstanden; erwarten wir mithin die Folge, welche Aufschluß gewähren wird.

‡ Berlin, den 8. Novbr. Als der Berliner Göthe-Verein seine Aufforderung zu einer allgemeinen Göthefeier und einer daran sich anschließenden Göthestiftung erließ, sprach er sich in Betreff solcher Stiftung dahin aus: „Ob eine Kunstschule, ob eine Sammlung von Kunstschätzen, ob eine Akademie zur Hebung und zur Förderung der schaffenden und darstellenden Künste, ob irgend eine andere ähnliche Veranstaltung ins Leben gerufen werden soll, möge zu seiner Zeit ein Kreis von Männern entscheiden, welche die Wahl der Betheiligten dazu bestimmt haben wird. Der Deutschen Kunst soll in jedem Falle die Stiftung gelten." Diese Aufforderung fand Anklang, viele Vereine, Gesellschaften, auch Fürsten und Behörden sprachen sich dafür aus und sagten ihre Theilnahme zu. Jetzt gilt es, die Stiftung selbst ins Leben zu rufen und ihren Zweck näher und fester zu bestimmen. Der Direktor Diesterweg, wiewohl Mitglied des Vereins, hat, unabhängig von dem Vereine und nicht etwa als Organ desselben, einen ausführlichen Plan veröffentlicht, der seiner Meinung nach einer solchen Göthestiftung zu Grunde zu legen sei. Der Plan ist für eine Göthestiftung wunderlich, für eine Pestalozzistiftung wäre er ganz geeignet. Diesterweg will die Göthestiftung nämlich zu „einer allgemeinen Bildungsanstalt für das weibliche Geschlecht" machen, eine Art weibliche Akademie. Die Stiftung sollte danach enthalten: 1) eine Anstalt zu einem Lehr-Cursus über physische und psychische Erziehung für das herangewachsene weibliche Geschlecht; 2) eine Anstalt zur Befähigung von Müttern und Kinderpflegerinnen zur ersten Erziehung der Kinder; 3) ein Seminar für Erzieherinnen und Lehrerinnen, in Verbindung mit Mädchenschulen; 4) einen Kindergarten, den Forderungen und Bedürfnissen der verschiedenen Bildungsstufen entsprechend, woran sich ein Kunst-Institut anschließen solle. — Ein solcher Plan würde in keiner Weise dem ausgegebenen Programm entsprechen, würde nicht der Deutschen Kunst gelten. Der Berliner Götheverein hat für diesen Plan daher sich nicht aussprechen können, ihn vielmehr in seiner letzten Sitzung von der Hand gewiesen. Da indeß der Berliner Verein nicht berechtigt ist, eigenmächtig und einseitig die Art, Einrichtung und Thätigkeit der beabsichtigten Stiftung festzustellen, so hat er den Beschluß gefaßt, alle mit ihm in Verbindung getretenen Vereine zur Aeußerung über die der Stiftung zu gebende Organisation aufzufordern, inzwischen sich selbst für einen bestimmten Plan zu entscheiden, später aber durch eine Zusammenkunft bevollmächtigter Abgeordneten aller einzelner betheiligter Vereine oder Institute die endgültige Entscheidung treffen zu lassen. — Der Ausschuß des Vereins stattete in der letzten Sitzung des letzteren in einem ausführlichen Gutachten Bericht ab. Er erklärt sich dahin, daß er als die wesentlichste Aufgabe der Stiftung ansehe: Anerkennung, Unterstützung und Aufmunterung in den verschiedenen Zweigen der Kunst, in der Dichtkunst vorzugsweise durch Unterstützung darbender Dichter, in der Redekunst durch eine Art Redeschule, in der Bühnenkunst durch eine Bühnenschule und Anerkennung der Kunstleistungen, in der Tonkunst durch Unterstützung der Gesangfeste, in den bildenden Künsten durch Reiseunterstützung, Anerkennung und Aufmunterung durch Preise. Der Verein ging nach längerer Berathung auf den Antrag des Ausschusses ein, als die nächste Aufgabe für die Göthestiftung die Erweckung und Belebung des Deutschen Volksgesanges durch Liederfeste in Verbindung mit Preisvertheilungen und Unterstützungen zu empfehlen. Er fand dieser Aufgabe entsprechend, an solchen Festen und namentlich an dem vorgeschlagenen jährlich am 28. Aug. in Thüringen zu feiernden Liederfeste jedesmal einen Preis für eine Kunst zu ertheilen, die Entschließung aber darüber, ob die eine oder die andere zu bevorzugen oder gleichzeitig mehrere Künste zu berücksichtigen, dem Anklange, den die Stiftung überhaupt in Deutschland finden werde, und ihrem materiellen Gedeihen vorzubehalten. — Es wäre sehr wünschenswerth, wenn der Gegenstand von der Presse gehörig durchgesprochen würde. Die Stiftung soll für das gesammte Deutschland wirken, es sollten darum aus allen Theilen des Vaterlandes Stimmen sich vernehmen lassen.

☾. Berlin, den 8. November. Die bedauerlichen Vorfälle und Zwistigkeiten im Treubunde, die hier in allen Kreisen Gegenstand der Besprechung und der Besorgniß geworden sind, und deren ich, weil ich bei der ungeheuren Ausdehnung des Bundes ein allgemeines Interesse wohl voraussetzen darf, in meinen letzten Berichten ausführlich Erwähnung gethan, scheinen, ich sage, scheinen ein gutes Ende gewinnen zu wollen. — Der Graf Luckner hat gestern Abend seine Stelle als Großmeister des Bundes niedergelegt und ist mit der, allerdings etwas diplomatisch umflorten Erklärung aus dem Vorstande zurückgetreten, daß er sich jetzt zurückziehe, auf den Ruf der Bundesbrüder aber sofort wiederkehren und jede Stellung einnehmen würde, mit der er von ihnen betraut werden würde. C'est là que gît le lièvre. Der Graf, dies läßt sich nun einmal nicht wegleugnen, hat im Bunde einen großen Anhang, namentlich unter den sogenannten kleinen Leuten; will er mit diesen operiren, nun wohl, sie folgen unweigerlich seinem Winke. Nehmen wir aber an, daß der Graf, der selber von sich rühmt, der guten Sache treu und mit aufopfernder Hingebung gedient zu haben, keinen Schmuggelhandel mit derlei Intentionen treiben und zu einer derartigen Flankenbewegung nimmermehr entschlossen sein wird! — Der Hauptvorstand des Bundes ist jetzt ernstlich bemüht, allen billigen Wünschen der Vertrauensmänner gerecht zu werden. In nächster Zeit findet hier eine General-Versammlung sämmtlicher Vertrauensmänner des Landes statt, deren Aufgabe sein wird, alle Bundesangelegenheiten zu ordnen, Statuten zu entwerfen und das Prinzip festzustellen, welches für die Folge zur unumstößlichen Geltung kommen soll. — Der Congreß in Meisburg soll ein höchst erfreuliches Ergebniß geliefert haben. Wir hören, dah sich Abgeordnete aus allen Deutschen Staaten dazu eingefunden hätten, und es soll gelungen sein, die Besorgniß Einzelner, als führe Preußen Maßregeln im Schilde, die ihren Staaten Gefahr drohten, auf das Vollständigste niederzuschlagen und eine herrliche Annäherung herbeizuführen. Am 19. d. M. ist ein neuer Congreß in Halle anberaumt worden.

In Nr. 258 Ihrer Zeitung haben Sie einen Artikel, den Zuschauer der Kreuzzeitung betreffend, aufgenommen; ich knüpfe daran die Bemerkung, daß sogar unter den „ältesten und besten" Freunden dieser Zeitung große Unzufriedenheit herrscht über den Ton, den der Zuschauer jetzt angenommen hat. — Läßt die Redaktion nicht bald von dieser Verfolgungssucht, hält sie nicht bald mit dieser gehässigen Bitterkeit inne, giebt sie nicht bald diese Frage auf, so wird sie erleben müssen, daß sich die Reihen ihrer Leser in Kurzem bedeutend lichten. — Der hiesige Localverein ist eifrigst bemüht, mit Bezirken, in denen sich Vorschußkassen befinden, — enge Verbindungen anzuknüpfen. — Bisher hat er damit nicht sehr reüssirt, weil seine politische Tendenz, die er beiläufig gesagt, auf das Entschiedenste in Abrede stellt, ein unübersteigliches Hinderniß bildet! — In Bezirken, wo der Verwaltungsrath der Vorschußkassen der conservativen Partei angehört, sind dergleichen Anträge auf Anschluß zurückgewiesen worden. — Schließlich mache ich sie noch auf den trefflichen Komiker Herrn Weirauch aufmerksam, der auf Ihrem Theater als Gast auftreten wird. Herr W. ist ein braver wackrer Künstler und hat bisher auf dem Friedrich-Wilhelmstädtischen Theater, dessen Mitglied er ist, lauten und verdienten Beifall gefunden. Möge es ihm durch seine Gastrollen gelingen, das Theater, über dessen Leere Sie so oft Klage führen, vollständig zu füllen.

Berlin, den 7. November. (Const. Ztg.) Mehrere Abgeordnete aus Westfalen gedenken, durch Massen von Petitionen aufgefordert und unterstützt, in den Kammern einen Antrag zu stellen wegen Rehabilitirung der Westfälischen Obligationen, die bekanntlich von den Deutschen Regierungen nicht anerkannt wurden, obgleich König Hieronymus sie zu den damaligen Bedürfnissen des Landes verwendete. Die Gerechtigkeit fordert allerdings hier eine befriedigende Lösung durch billige Ausgleichung nicht durch einen Machtspruch der Gewalt. — Die Regierung, welche nach und nach viele ihrer Betriebswerke theils schon verkauft hat, theils zu verkaufen entschlossen ist, wird nun auch das ehemals so einträgliche und bedeutende Alaunwerk zu Freienwalde in Privathände übergehen lassen. Schon ist ein großer Theil des angestellten Personals entweder an andere Institute versetzt oder pensionirt und die Arbeiten seit mehreren Monaten ganz eingestellt worden. Der Ertrag des Werkes war bisher dem Militair-Waisenhause in Potsdam zugewiesen worden, für welches eine Rente von 18,000 Thlr. auf das Werk selbst hypothekarisch eingetragen ist. Es wurden in Freienwalde 1849 nur 15,500 Tonnen Alaunerz, zum Gesammtwerthe von 952 Thlr. producirt; der Preis von 12 Thlr. pro Centner Alaun überstieg bei Weitem den von den Privatwerken Muskau und Gleißen erhobenen, deren Concurrenz das Freienwalder Werk auch unterlegen ist. — Das Correspondenz-Bureau meldet folgendes: Bei der Post-Expedition zu Altena in Westfalen wurden fehlende Nummern der in Berlin erscheinenden „Bürger- und Bauern-Zeitung" reklamirt. Die Expedition wandte sich an das Zeitungs-Comptoir des Postamts zu Iserlohe und erhielt folgende lakonische Verfügung, die es dem Reklamanten urschriftlich zugehen ließ: „Br. m. zurück mit der Bemerkung, daß die fehlenden Nummern kassirt worden sind und nicht nachgeliefert werden." Der hiesige Verleger wird sich nun an das Ministerium wenden, um den Urheber dieser merkwürdigen Maßregel ermitteln zu lassen.

Berlin, den 8. November. (Berl. N.) Se. M. der König kam vorgestern nach dem Schlosse Bellevue und arbeitete dort mehrere Stunden mit den Ministern. — Allgemein spricht man jetzt wieder von der Einführung für ganz Deutschland gültiger Reichsschatzscheine an Stelle der zahllosen Menge verschiedenartiger Kassen-Anweisungen aus aller Herren Ländern. Sollte die Vertheilung des coursirenden Papiergeldes ausgeglichen werden, so würde Preußen noch bedeutende

Chancen für die Ausgabe derartiger Werthzeichen haben, indem mit Ausschluß der in einem bestimmten Zeitraume einzulösenden Darlehnsscheine, in Preußen nur 1 Thlr., in den übrigen meisten Deutschen Staaten aber 8 bis 10 Thlr. auf jeden Kopf der Einwohner kommt. — Unsere Engroisten im Manufaktur-Geschäft, so wie überhaupt unser gesammter Kaufmannsstand, erhebt nicht allein große Bedenklichkeit gegen die Ausführbarkeit einer Zollvereinigung Oesterreichs mit Deutschland, sondern man erblickt hier eher, wenn überhaupt ein solches System ins Leben treten sollte, einen Ausweg Oesterreichs, aus der schwierigen politischen Lage zu kommen. Die Perioden-Eintheilung in den betreffenden Ein- und Ausfuhr-Artikeln beweist übrigens, daß selbst im günstigsten Falle geraume Zeit vergehen kann, bevor ein materieller Vortheil für Deutschland daraus erwachsen wird. — Das hier beabsichtigte Central-Telegraphen-Büreau wird zum 1. Januar k. J. eröffnet werden. — Die öffentliche Sitzung des Freihandels-Vereins am 6. c. im Hôtel de Russie hatte durch den Gegenstand der Verhandlungen ein zahlreiches und sehr aufmerksames Publikum herbeigezogen, denn es handelte sich um die Betrachtung der Discussionen der zweiten Kammer über das Gewerbegesetz vom 9. Februar c. Auch mehrere Mitglieder der ersten Kammer wohnten der Sitzung bei, unter Anderen der ehemalige Ober-Präsident Bötticher, denn das betreffende Gesetz wird demnächst auch in der ersten Kammer zur Verhandlung kommen.

PPC **Stettin**, den 7. November. Der Abgeordnete für Posen (Hirsch) hat bekanntlich sein Amendement betreffend den sofortigen Bau einer Eisenbahn von Posen nach Breslau vor der Abstimmung zurückgezogen. Bei der Wichtigkeit, welche diese Bahn auch für unsere Provinz hat, ist dieses Verfahren des Posener Abgeordneten hier mit dem größten Befremden aufgenommen worden. Es scheint indeß, als wenn besondere Umstände obwalten. Es wird uns nehmlich versichert, daß der Handelsminister bereits mit der Stargard-Posener Eisenbahn wegen Fortführung der Bahn nach Breslau in Verhandlung getreten sei. Es soll die Absicht vorliegen, die erforderlichen 4,000,000 Rthlr. durch Creirung von Prioritätsaktien zu beschaffen, deren Zinsgarantie der Staat aus den Eisenbahn-Fonds übernimmt. Sollte dies letztere der Fall sein, so können wir bei der anerkannt guten Verwaltung der Stargard-Posener Eisenbahn diesen Weg nur für angemessen erachten.

Köln, den 3. Novbr. Am künftigen Montage tritt unter der Benennung „Stadtkölnische Kunstschule" eine Anstalt in's Leben, wodurch die Gelegenheit gegeben ist, im Fache der bildenden Künste sowohl nach der Antike, als nach der Natur im Zeichnen, Malen und Modelliren sich auszubilden. Nach dem Reglement ist die Anstalt unter Oberaufsicht des Bürgermeisters und der angeordneten gemeinderäthlichen Kommission ausschließlich der Leitung des Conservators der städtischen Alterthümer unterworfen, welcher nach seinem Gutbefinden für die einzelnen Kunstfächer, Künstler von anerkanntem Verdienste einer besondern Abtheilung als Vorsteher vorsetzen wird. Jeder Theilnehmer muß, wenn er nicht schon durch seine Leistungen bekannt ist, die Qualifikation durch eine Arbeit nachweisen. Die Zöglinge wählen jährlich einen Vorstand, welcher unter der Aufsicht und Leitung des Conservators und der Vorsteher der einzelnen Kunstfächer diese in Allem unterstützt, was zur Aufrechthaltung der Ordnung und eines würdigen künstlerischen Strebens dienlich ist. Einem längst gefühlten Bedürfnisse wird hierdurch abgeholfen: den in der Stadt isolirt lebenden Künstlern ist Gelegenheit geboten, sich kennen zu lernen und in einem kollegialischen Verhältnisse ihre Ideen auszutauschen, und für viele Arbeiter ist der lang ersehnte Zeitpunkt eingetreten, wo sie durch theoretische Studien ihr praktisches Wirken vervollkommen können. (Const. Ztg.)

Hamburg, den 6. Novbr. (Berl. N.) Heute Nachmittag kehrte der Baron Mednianskÿ, Klapka's Adjutant, der den General nach London begleitet hatte, mit dem Hannoverschen Eisenbahnzuge allein wieder zurück. Klapka hatte sich mit einem Hamburger Paß versehen, der von hier nach London und wieder zurück ausgestellt war. Der General reiste über Paris zurück, wo er mit dem früheren Ungarischen Grafen Teleki, so wie mit dem Exminister Szemere Rücksprache nahm. Ueberall respektirte man seinen Paß. Nur der Preußischen Polizei war es vorbehalten, den Hamburger Paß ungenügend zu finden. Auf dem Bahnhofe in Düsseldorf angelangt, wurden Klapka und Mednianskÿ von einem Gendarm empfangen und mittelst Zwangspaß nach Brüssel retour geschickt, wo er gegenwärtig verweilt. Den Oberst-Lieutenant Mednianskÿ dagegen ließ man seine Reise fortsetzen, obwohl er gar keinen Paß, sondern nur einen Hamburger Aufenthaltsschein hatte. — Gestern kam auch Uzhazÿ von London hierher zurück. — Die Frage über das weitere Verbleiben der Ungarischen Flüchtlinge wird nun wahrscheinlich in kürzester Frist entschieden werden.

Flensburg, den 5. Novbr. (Berl. N.) Aus Broacker im Sundewittschen erfahren wir, daß es am letzten Markttage (Freitag) dort zu sehr ernsthaften Schlägereien zwischen den Dänisch- und Deutschgesinnten Parteien gekommen sei, bei welcher Gelegenheit mehrere Häuser beschädigt worden sind.

Dresden, den 2. November. Bis heute Mittag hatten sich 37 Abgeordnete der zweiten und 17 der ersten Kammer angemeldet. (Dresd. J.)

München, den 3. Nov. (D. R.) Es kann wohl nur das Lächeln des Mitleids erwecken, wenn der von allen Parteien gleich sehr bemißtraute Freiherr v. **Lerchenfeld** den Preußischen Staatsmännern die Regierungskunst und dem Preußischen Staate seinen Einfluß und seine weltgeschichtliche Aufgabe auf der parlamentarischen Arena rundweg abspricht. Wir wollen davon absehen, daß der ritterliche Freiherr seine erborgte Weisheit mehr als zum dritten Mal schon und mit denselben Worten aufwärmt, wir wollen nur an das öffentliche gemeinsame Urtheil über diesen sogenannten Staatsmann, das in dem Wankelmüthigen nur einen gewöhnlichen Portefeuille-Jäger sieht, erinnern; bezüglich seiner Regierungskünste sind wir durch sein Regime vollkommen belehrt worden.

Kassel, den 3. November. Auch unsere demokratische Partei in der Ständeversammlung möchte bald vorsichtiger in ihrem Verhalten gegen das Ministerium werden, als dies seither oftmals der Fall war. Der Sturz Römers in Stuttgart und die Folgen, welche sich daran knüpfen, werden ihr die Augen geöffnet haben. In Rücksicht hierauf dürften denn namentlich auch die vielen Anfragen und Anträge, welche auf strenge Durchführung der deutschen Grundrechte abzielen, und welche insbesondere die gestrige Ständesitzung ausfüllten, gefahrlos vorüberziehen. Das Ministerium scheint in dieser Hinsicht mit Recht etwas langsamer und mit großer Vorsicht vorschreiten zu wollen; weiß man doch noch nicht einmal, welchen Einfluß die gehoffte Reichsverfassung äußern wird. — Der frühere Minister v. Schenk ist vorgestern hieher zurückgekehrt. Die Hoffnung, daß er zum Mitgliede des provisorischen Bundes-Schiedsgerichtes ernannt werden möge, wird sich aber wohl nicht verwirklichen. Man soll neuerdings Herrn Sylvester Jordan im Auge haben, der allerdings in Frankfurt mehr als abkömmlich sein möchte. (Berl. N.)

Stuttgart, den 4. Novbr. Die Würtembergische Zeitung, das Organ des Herrn Römer, enthält Folgendes: „Die Differenz in der Deutschen Frage war es, welche den Rücktritt des März-Ministeriums zur Folge hatte. Wie wird das neue Ministerium in dieser wichtigsten Frage handeln? Im Programm hat es darüber keine Erklärung, keine Andeutung gegeben; hat es sich darüber wohl noch nicht geeinigt? sind etwa auch seine Mitglieder getheilter Ansicht? betrachtet es die Frage als eine unwiderruflich abgethane oder hat es sich die Freiheit vorbehalten, sie wieder aufzunehmen und den Wünschen und Interessen des Volkes gemäß zu lösen? Das Alles ist uns nicht bekannt; aber höchst unwahrscheinlich ist uns, daß das Kabinet in diesem Punkte nicht schon vorläufig seinen Entschluß sollte gefaßt, sich über seine Handlungsweise verständigt haben, denn es wäre der blindeste Wahn, die Sache durch die Ablehnung vom 25. September als eine gänzlich abgethane zu betrachten. Der Beitritt steht noch immer offen, und wenn auch das Ministerium sich gern bei der Ablehnung beruhigen sollte, wird sich doch das Land nicht dabei beruhigen und werden auch die Ereignisse neue Entschließungen erheischen." (Const. Ztg.)

Oesterreich.

LNB. **Wien**, den 5. November. Gestern erschien Seine Majestät der Kaiser im Hofburgtheater in Begleitung seiner königlichen Gäste und Seiner Durchlauchten Eltern, und wurde von dem versammelten Publikum mit Akklamation empfangen. Man gab „die Lästerschule" und „Wallensteins Lager." — Die heute aus Paris vom 1. November bezüglich des Ministerwechsels eingelaufene Nachricht hat auch hier Sensation hervorgebracht, jedoch nur einen geringen Rückgang der Course bewirkt. Die gestern erwähnte Einführung des in Frankreich und Belgien bereits so gedeihlich wirkenden Instituts der Crèches (Krippen, Wiegenanstalten) verdankt man zunächst Herrn Helm (Bruder des Spitaldirektors), welcher auf einer philantropischen Reisetour dieses schöne Institut kennen lernte und in einem beschreibenden Aufsatze zur Verpflanzung hierher auf das Wärmste empfahl.

Erfreulich ist die Wahrnehmung, daß sowohl im In- wie im Auslande der Wunsch nach Ansiedelung in Ungarn rege wird. Viele Kapitalisten glauben von der bedrängten Lage der Ungarischen Gutsbesitzer Nutzen zu ziehen und sich daselbst wohlfeil ankaufen zu können. Durch die Uebersiedelung rationeller Oekonomen nach Ungarn kann und wird dieses Land sich zu einer nie geahnten Größe emporschwingen, da bis jetzt der unerschöpfliche Reichthum des Bodens weder erkannt noch benutzt wurde.

NB. **Wien**, den 6. November. Die heute kundgegebene Reform der Justizorganisation und der Rechtspflege in Ungarn läßt im Wesentlichen die Annahme der in der den anderen Kronländern geltenden und der Reichsverfassung v. 4. März 1849 entfließenden Grundsätze entnehmen. Demnach entfallen die mit Bezug auf Person und Klagegegenstand bestandenen priviligirten Jurisdiktionen eben so hinweg, wie die zahlreichen außerordentlichen Rechtsmittel, welche dem ordentlichen Rechtsgange in Ungarn bisher im Wege standen. Die Errichtung öffentlicher Grund- und Gerichtsbücher wird schon für eine nahe Zukunft verheißen; einstweilen läßt sich die Fortdauer der Unterscheidung zwischen adligem und städtischem Grundbesitz in Bezug auf dessen Verbücherung und Belastung nicht vermeiden. Eben so sind die letzten Modifikationen in der Prozeß- und Wechselordnung, so wie mehrere namhaft gemachte Eigenthümlichkeiten der Ungarischen Rechtspflege vorerst beizubehalten. Das Institut der Geschwornengerichte wird für jetzt als nicht anwendbar für Ungarn befunden. Die Wirksamkeit der geistlichen Gerichte wird beschränkt.

Frankreich.

Paris, den 4. Nov. Das neue Ministerium soll beabsichtigen, viele der seit dem Februar 1848 angestellten diplomatischen Agenten abzusetzen, weil man sie als Eindringlinge betrachtet. — Viele Präfekte sind bereits durch den Telegraphen hieher beschieden worden; wie es heißt, steht die Ernennung von 25 neuen Präfekten nächster Tage bevor. Ueberhaupt sollen ein umfassender Beamtenwechsel und massenweise Absetzungen in Aussicht stehen. Man versichert, L. Napoleon wolle sich künftig persönlich über die Tüchtigkeit und die politische Vergangenheit der anzustellenden Beamten unterrichten — Der Finanz-Minister hat angeblich schon seine Absicht kund gethan, von der National-Versammlung die Herstellung des Zeitungsstempels zu begehren. — Als Louis Napoleon gestern sich nach dem Justizpalaste begab, verfolgte ein gutgekleideter Mann den Zug unter Ausrufung von Lebehochs für die Republik und soll auch an den Präsidenten selbst Fragen gerichtet haben, die man jedoch nicht verstehen konnte. Er ward verhaftet und auf die Wache des Justizpalastes gebracht. — Bemerkenswerth war bei der gestrigen Installation der höchsten Justizbehörden der rein republikanische Geist, den alle äußeren Anordnungen und alle Reden zur Schau trugen. Sogar Dupin, der als General-Prokurator eine lange geschichtliche Entwickelung der gerichtlichen Institutionen in Frankreich gab, zollte den neuen demokratisch-republikanischen Einrichtungen warmes Lob, was um so mehr auffiel, da er erst kürzlich in einer Rede während der Ferien das Wort Republik ganz vermieden und dieselbe mit einem Vivat für die Nation geschlossen hatte. Ein Journal meldet auch, Dupin habe aus dem Saale, wo die Feierlichkeit Statt hatte, alle Insignien entfernen lassen, welche mit der Republik nicht im Einklange zu stehen schienen. Die ebenfalls sehr republikanisch lautende Rede L. Napoleon's, welche mit lebhaftem Beifalle aufgenommen wurde, fiel um so mehr auf, da man sich recht gut erinnert, mit welcher Sorgfalt er bisher von der Republik und von der Verfassung zu sprechen vermied. Beim Weggehen begleitete und empfing ihn der vielfach wiederholte Ruf: „Es lebe Napoleon! Es lebe der Präsident! Es lebe die Republik!" Nicht unbemerkt blieb die Kälte, womit L. Napoleon die Deputation der National-Versammlung, namentlich den in der ersten Reihe befindlichen Berryer, im Vorbeigehen begrüßte. Trotz dieser in jüngster Zeit von L. Napoleon angenommenen republikanischen Hatung traut ihm jedoch die Opposition keineswegs und ihre Organe führen fortwährend eine besorgte und beunruhigende Sprache. Man macht darauf aufmerksam, daß der Jahrestag des 18. Brumaire vor der Thür ist, indem er mit dem 8. oder 9. November zusammenfällt. Ein Blatt versichert, daß der General Cavaignac sich an die Spitze einer Gesellschaft zur Vertheidigung der Verfassung gegen das Unternehmen eines Staatsstreichs stellen will. Auch die Majorität ist keineswegs ohne Mißtrauen und, wenn sie bis jetzt noch nichts gegen die neuesten Handlungen Louis Bonaparte's unternommen hat, so kommt dieses lediglich daher, daß das Ministerium aus ihren Reihen gewählt und auch sogleich sehr bescheiden und versöhnlich aufgetreten ist. Allein die Vorgänge in der vorgestrigen außerordentlichen Sitzung des Repräsentanten-Vereins vom Staatsrath-Palaste beweisen deutlich, daß der Bruch existirt und nur eine Veranlassung erwartet, um sich auszusprechen. Molé drückte sich ganz wohlwollend über das neue Ministerium aus und meinte, man müsse ihm keine systematische Opposition machen, sondern vielmehr seine Handlungen abwarten, um seine Politik daraus zu erkennen. Berryer beklagte sich sehr über die gegen die Legitimisten gerichteten Ausfälle der Botschaft, die sich, nachdem sie ihre ganze Vergangenheit dem Dienste der Ordnung zum Opfer gebracht, jetzt mit Recht über eine Sprache verletzt fühlen, die mit der Würde der ganzen Versammlung im Widerspruche stehe. Beim Auseinandergehen ermahnte noch Thiers in einer lebhaften Rede die Majorität zum Abwarten und zur Einigkeit, um für gewisse mögliche Fälle, die eintreten könnten, alle ihre Kräfte zusammen zu behalten. (Köln. Ztg.)

Paris, den 5. Novem., Morgens. L. Napoleon hielt gestern zu Versailles eine große Revue. — Der „Moniteur" enthält heute zahlreiche Verleihungen des Ordens der Ehrenlegion und zwar größtentheils an höhere Justizbeamte. — Der päpstliche Nuntius ist das einzige Mitglied des diplomatischen Corps, welches bei dem neulichen Empfange im Elysée fehlte, was ziemlich allgemein auffiel. — Statt F. Barrot's ist der Exfinanzminister Duclerk, der schon lange viel mit L. Napoleon verkehrte, zum Generalsekretair der Präsidentschaft ernannt worden. Der Versammlung soll ein Amnestievorschlag erst nach Beendigung des Prozesses zu Versailles, die man in 10 — 12 Jahren erwartet, vorgelegt werden. — Die Direktoren der hiesigen Theater haben von dem Minister des Innern die förmliche Einladung erhalten, den Parquetmitgliedern des Appellhofes für jede Vorstellung eine Loge vorzubehalten, die meisten haben aber gegen das Ansinnen protestirt. — Miß Bourdett-Coutts, die bekannte Erbin von Millionen, war vorgestern von Lord Normandy hingeführt, in der Abendgesellschaft des Elisee. Bekanntlich verbreitete sich vor einigen Monaten das Gerücht von einer Heirath zwischen der Miß und L. Napoleon. — Die demokratisch-sozialistische „Reforme" sagt: „In der ernsten Lage, worin wir sind, fordern wir die Republikaner auf, ruhig zu sein und sich in keine Kundgebung einzumengen. Anders verfahren wäre der größte politische Fehler: es hieß in eine Schlinge fallen. Mögen sie zu warten verstehen. Die Faktionen sind hart bedrängt und ohnmächtig, die Gewalt wird von selbst ihren Händen entglitten. In gewissen Augenblicken ist zu warten, wissen so viel, als nicht das Spielwerk seiner Feinde sein; sie demaskiren ist siegen." Die Nationalgarde zu Cholet ist aufgelöst und entwaffnet worden, weil sie trotz des Generalmarsches bei den dortigen Zusammenrottungen der Arbeiter, die höhern Lohn erzwingen wollten, nicht zusammentrat. — Das „Journal des Debats" meldet, daß die französischen Truppen unter General Herbillon, welche schon seit einigen Wochen die Zaatcha, den mit starken Mauern und tiefem Grabens umgebenen Hauptort eines aufrührerischen Araberstammes in der Provinz Constantine, belagerten, nach Berichten vom 20. Oktober bei dem Sturme auf zwei für zugänglich gehaltene Breschen zurückgeschlagen und nach zweistündigem Kampfe genöthigt wurden, sich mit ziemlich bedeutenden Verluste in die Laufgräben zurückzuziehen. Man muß jetzt von Constantine schweres Belagerungsgeschütz kommen lassen, was man bis jetzt für unnöthig hielt. (Köln. Z.)

Paris, den 5 Oktober, Abends. Das Gesetz über die Auflösung der Lyoner Nationalgarde wurde in der Nationalversammlung diskutirt. Das neue Ministerium hat mit großer Energie gegen die Opposition, welche die Verwerfung des Gesetzes anstrebte, die Auflösung vertheidigt. (Köln. Z.)

Spanien.

Madrid, den 29. Oktober. (Köln. Z.) Morgen oder übermorgen wird die amtliche Zeitung das K. Decret in Bezug auf die neue Organisirung der Provinzen und die Verschmelzung der Intendanzen mit den Funktionen der politischen Chefs bringen. Das Cabinet beschäftigt sich noch mit anderen wichtigen Maaßregeln, an deren Spitze jene stehen, die sich auf die gute Verwaltung der Provinzen und auf die den öffentlichen Arbeiten zu gebende Aufmunterung beziehen. Die meisten Deputirten sind hier angelangt, man hat sich jedoch noch nicht mit der Candidatenwahl für die Präsidentschaft beschäftigt. Der von der Regierung bezeichnete Candidat ist Mayans und seine Wahl scheint gesichert zu sein. Mon hat zwar die Präsidentschaft entschieden abgelehnt, wird aber nicht Opposition gegen das Ministerium machen, sondern seinen ganzen Einfluß verwenden, um die Majorität eng beisammen zu halten. General Manuel de la Concha ist hier eingetroffen; man glaubt, daß seine Ankunft mit einer neuen ministeriellen Krisis in Beziehung stehe.

Madrid, den 30. Oktober. (Köln. Z.) Die Session der Cortes ist heute durch den damit beauftragten Commissar, den Conseils-Präsidenten Narvaez, wieder eröffnet worden. Von sämmtlichen Ministern begleitet, erschien er zuerst im Senate und dann in der Deputirtenkammer; an beiden Orten verlas er das betreffende Königliche Dekret. Mon wohnte der Eröffnungs-Sitzung nicht bei. Die Kammern schritten sofort zur Bildung ihrer Bureaux und die Deputirtenkammer zur Wahl ihres Präsidenten. Die Regierung schlug, da Mon abgelehnt hat, Mayans vor und derselbe ward mit 92 Stimmen gewählt; Rios Rosas, Candidat der dissidirenden Gemäßigten, erhielt

22 und Alonzo, Candidat der Progressisten, 21 Stimmen. — Der Minister des Auswärtigen hat gestern der Königin einen Reglements-Entwurf für den Palastdienst zur Unterzeichnung vorgelegt, sie soll ihn aber nur unter gewissen Vorbehalten genehmigt haben. — Außer dem Budget sollen den Cortes sofort ein umfassender Plan für das Straßenwesen, ein Gesetzentwurf über das Rechnungswesen und ein anderer über die Errichtung des obersten Rechnungshofes vorgelegt werden.

Schweiz.

Zürich, den 2. November. Der Bundesrath ist wegen seiner Flüchtlings-Beschlüsse von der radikalen Presse hauptsächlich aus dem Grunde angegriffen worden, weil man glaubte, die Ausweisungen rc. seien die Folgen von fremden Noten. Namentlich behauptete dieses die „Berner Zeitung" fottwährend mit großer Zuversicht; der Bundesrath hüllte sich dabei in eine schweigende diplomatische Geheimthuerei, die eigentlich gegen unseren sonstigen Brauch ist. Die „Berner Zeitung" berichtet sich nun selber dahin, es seien allerdings keine Noten eingegangen, wohl aber sei damit gedroht worden; namentlich sei dieses vom Preußischen Gesandten geschehen, worauf ihm Hr. Druey erwiedert habe, die Schweiz würde keine Noten erhalten, denn er würde dafür sorgen, daß die Flüchtlinge schon vorher fortgewiesen würden. Das ist allerdings sehr bequem für die Diplomatie, wenn sie durch bloße Androhung von Noten dasselbe erreicht, wozu sie früher einer oder mehrerer Noten bedürfte; der Bundesrath hat auf diese Weise ebenfalls keine Noten zu befürchten. Aber ärgerlich ist und bleibt der fremde Einfluß, den der Bundesrath auf keine Weise hinwegleugnen kann; namentlich hat die Badische Regierung auf die Ausweisungen zu influiren gewußt, weniger freilich durch Drohungen, als dadurch, daß sie ihm die Hoffnung vorspiegelte, durch Ausweisung der Chefs eine Amnestie für die große Masse zu erhalten und so die Schweiz von einer großen Last zu befreien. Daran ist nun freilich noch nicht zu denken; doch sollen laut einer Mittheilung der Badischen Seekreis-Regierung von jetzt an die zurückkehrenden Flüchtlinge wenigstens nicht mehr nach Rastatt eskortirt, sondern an ihre Heimathsbehörden oder Aemter gewiesen werden. Welches Loos ihnen aber dort bevorsteht, ob Haft oder blos Untersuchung auf freiem Fuße, wird freilich nicht gesagt; auch sollen sie nur an den Stationen von Basel und Constanz hineingelassen werden, und zwar nur dann, wenn sie mit gehörigen, von der Badischen Gesandschaft in der Schweiz legalisirten Ausweisschriften versehen sind. Die hier lebenden Flüchtlinge verhalten sich durchaus ruhig, nur daß sie hin und wieder durch unbesonnene vorlaute Aeußerungen, namentlich über Schweizerische Verhältnisse, die Schweizer unangenehm berühren und sie dadurch von Neuem an die Last erinnern, welche das Asyl der Schweiz auferlegt; darunter muß dann auch Mancher leiden, der von dem gerügten Fehler vollkommen frei zu sprechen ist. Rein erdichtet aber sind die Nachrichten von fortwährender Propaganda, Agitation u. s. w., wie sie manche Deutsche Blätter bringen, um gegen die Schweiz zu hetzen. (Nat. Ztg.)

Italien.

Rom, den 25. Oktober. (Köln. Ztg.) Im Ghetto, dem Juden-Viertel von Rom, welches etwa 4000 Bewohner in sich schließt, sind vor Kurzen sorgfältige Nachforschungen angestellt worden. Man hofft nämlich, dort einen großen Theil des zur Zeit der Republik verkauften und verpfändeten Staats- und Kircheneigenthums zu finden. — Es ist noch immer viel die Rede davon, daß einer Gesellschaft der Bau einer Eisenbahn von Ancona nach Castel-Franco, an der Grenze von Modena, unter den zur Zeit des Ministeriums Rossi stipulirten Bedingnngen übertragen werden solle. — In Bologna herrscht die Cholera, tritt jedoch sehr gelinde auf. Schlimmer zeigt sie sich in Rimini, St. Arcangelo und Pesaro. — Pius IX. hat die Ernennung des Hauptmanns Palombo zum Kommandanten von Civita-Vecchia bestätigt. — In Foligno hat man mehrere Erdstöße verspürt.

Kammer-Verhandlungen.

49ste Sitzung der zweiten Kammer vom 7. November.

Am Ministertische: v. Ladenberg, v. d. Heydt, v. Manteuffel, v. Strotha, v. Schleinitz, v. Rabe, Simons und mehrere Kommissarien.

Auf der Tagesordnung steht: 1) Vorläufiger Bericht der Central-Kommission zur Prüfung des Staatshaushalts-Etats. 2) Bericht derselben Kommission über den Ausgabe-Etat der ersten und zweiten Kammer. 3) Bericht der Kommission für Handel und Gewerbe über die Verordnung vom 9. Febr. d. J., die Errichtung von Gewerbegerichten betreffend und über die darauf bezüglichen Petitionen. 4) Bericht der Kommission für Finanzen und Zölle über die Verordnung vom 3. März c. betreffend die Aenderung des Zolltarifs in Rücksicht auf den Eingangszoll für ungereinigte Soda. 5) Bericht der Justiz-Kommission über die Verordnung vom 18. Dezbr. v. J., die bäuerliche Erbfolge in der Provinz Westphalen betreffend.

Die Sitzung wird nach 12 Uhr eröffnet.

Die Herren Aster, Delbrink und Bischof werden heute als Reg.-Kommissare fungiren.

Der Präsident zeigt an, daß heute eine Deputation des Centralarbeiter Vereins der Provinz Brandenburg bei ihm gewesen sei, um der Kammer den Dank für die Annahme des Gewerbegesetzes auszusprechen.

Herr Aldenhofen will, daß man zur Tagesordnung übergehe ohne die Adresse zu verlesen. Die Verlesung wird abgelehnt.

Man geht zur Tagesordnung über, zunächst zu dem vorläufigen Bericht der Central-Kommission zur Prüfung des Staatshaushalts-Etats.

Abg. v. Bodelschwingh als Berichterstatter: Nach dem vorangezeigten Stande der Arbeit wird der Vortrag in der Kammer kaum vor dem 1. Dezember beginnen können und leicht einige Wochen absorbiren. Sollte nun die Staats-Regierung für die Aufstellung des Etats pro 1850 das Resultat der Kammerbeschlüsse abwarten, so würde die Vorlage desselben im laufenden Jahr nicht mehr möglich sein und die Prüfung und Feststellung desselben abermals in eine Periode fallen, wo der Etat bereits in Ausführung gebracht werden muß, wenn nicht der ganze Staats-Organismus stocken soll. Ein vorläufiges Prolongations-Gesetz würde zwar diesen Uebelstand beseitigen, nicht aber hindern können, daß die Revision durch die Kammern wiederum ihre Bedeutung theilweise verlöre. Wenn es nun aber höchst wünschenswerth erscheinen muß, rücksichtlich dieses wichtigen Zweiges der Kammerthätigkeit möglichst bald in die gehörige Ordnung zu kommen, so erlaubt sich die Central-Kommission folgende Vorschläge der Prüfung und Beschlußnahme der hohen Kammer zu unterlegen: 1) die Staats-Regierung zu ersuchen, den Staats-Etat pro 1850 baldigst und unabhängig von der Feststellung des Etats pro 1849 vorzulegen, wobei derselben lediglich anheimgestellt werden müßte, in wie weit sie dabei die ihr durch Mittheilung der Protokolle bekannt gewordenen Ansichten der Commission berüsichtigen wolle; 2) die Anträge der Kommission über beide Etats in zweckmäßiger Combination gleichzeitig zur Berathung zu ziehen. Würde es nach Billigung dieser Vorschläge der Staats-Regierung möglich sein, den Etat pro 1850 innerhalb 14 Tagen bis 3 Wochen — wenn auch nur handschriftlich — vorzulegen, so bliebe die Hoffnung nicht ausgeschlossen, das ganze Geschäft im nächsten Monat zu beendigen, indem die Prüfung der Kommission bei diesem Etat sich lediglich auf neue Positionen und auf diejenigen Punkte zu beschränken haben würde, wo ihre Abänderungs-Vorschläge nicht berücksichtigt sein möchten; eine Arbeit, welche muthmaaßlich nur einen mäßigen Zeitaufwand erfordern dürfte.

Finanz-Minister Rabe erklärt sich mit dem gestellten Antrage ganz einverstanden, und wird sobald als möglich den Etats-Entwurf vorlegen.

v. Auerswald trägt darauf an, daß die Erklärung des Finanzministers ausdrücklich ins Protokoll aufgenommen werde. Der Antrag wird angenommen.

Man geht zum zweiten Gegenstande der Tagesordnung über. Es heißt u. Andern, die Kammer wolle beschließen: daß der Präsident der zweiten Kammer ermächtigt sei, bei der Königlichen Regierung die Einräumung einer Dienstwohnung in der unmittelbaren Nähe des Kammergebäudes und die angemessene Ausstattung dieser Wohnung in Antrag zu bringen.

Herr Lensing übernimmt das Präsidium.

Graf Schwerin: Ich will der Meinung, daß man dem Präsidenten der zweiten Kammer eine Wohnung einräumen solle, nicht widersprechen, wiewohl sie für diese schon weit vorgerückte Sitzungsperiode nicht anwendbar erscheint. Aber eine Repräsentation kann er nicht übernehmen. (Ein Amendement von Hirsch will dem Präsidenten monatlich 1000 Thlr. Repräsentationskosten übergeben.)

Abg. Hirsch hält einen Beschluß nach seinem Antrage für eine Nothwendigkeit.

Referent Hesse spricht zunächst über den Abänderungsvorschlag von Hirsch. In den Centralkommission haben sich Stimmen gegen die Repräsentationskosten erhoben. Wer sparen will, muß im eignen Hause anfangen.

Es kommt jetzt zur Abstimmung, wobei das Amendement des Abg. Groddeck: „Der Ausgabeetat der ersten Kammer, wie ihn dieselbe festgestellt, auf die Summe von 33,070 Thlr. festzusetzen," angenommen wird.

Hierauf werden die einzelnen Abschnitte des Normaletats für die zweite Kammer zur Diskussion gestellt.

Zu dem zweiten Abschnitt, die Ausgaben für das Bureau betreffend, beantragt Abg. Harkort die unvorhergesehenen Ausgaben für Kommissionen und Sachverständige um 500 Thlr. zu erhöhen und meint, die Statistik in Preußen sei sohin nicht blühend.

Minister v. Manteuffel: Die Bemühungen des statistischen Bureaus sind nur anzuerkennen, dasselbe klagt vielmehr, daß seine Thätigkeit nicht Anklag genug im Publikum zu finden scheine.

Bei der Abstimmung wird das Amendement angenommen, so wie die übrigen Theile des Abschnitts.

Zu Abschnitt III., betreffend die Stenographie, beantragt Abg. v. Kleist-Reetzow, 1) die Anstellung der Stenographen der Regierung zu überweisen, oder 2) event. statt der angenommenen 10 Stenographen es bei den bestehenden 12 zu belassen und die Höhe des Gehalts jeden Sitzungstages auf 5 Thaler, für jeden andern Tag auf 3 Thaler zu bestimmen. Nach kurzer Debatte wird das erste Amendement verworfen, das zweite angenommen. Die übrigen Bestimmungen des dritten Abschnitts werden unverändert angenommen.

Hierauf kommen die übrigen Vorschläge der Kommission zur Abstimmung, die sämmtlich angenommen werden, mit Ausnahme der Nr. 5, die nach dem Vorschlage des Abgeordneten Hirsch modifizirt wird.

Es kommt jetzt der Bericht der Kommission für Handel und Gewerbe über die Verordnung vom 9 Febr. d. J., die Errichtung von Gewerbegerichten betreffend, und über die darauf bezüglichen Petitionen zur Diskussion: Die Kommission stellt folgenden Antrag: „Die hohe Kammer wolle beschließen: 1) es anzuerkennen, daß für die Erlassung des Gesetzes vom 9. Februar d. J., die Errichtung von Gewerbegerichten betreffend, im Sinne des Art. 105 der Verfassung, eine dringende Veranlassung vorgelegt habe; und 2) dem vorbezeichneten Gesetze ihre Zustimmung zu ertheilen."

Die allgemeine Diskussion wird eröffnet, wobei Abg. v. Viebahn das Wort ergreift (Zeichen der Ungeduld in der Versammlung). Der Redner verbreitet sich unter großer Unaufmerksamkeit der Kammer über die Art und Weise der Zusammensetzung der Gerichte und führt aus, daß die Kammer durch Annahme des Gesetzes ein ersprießliches Institut schaffen werde. Er beantrage daher unveränderte Annahme des Gesetzes.

Handelsminister v. d. Heydt empfiehlt ebenfalls unveränderte Annahme des Gesetzes, die Praxis werde die Mängel desselben bald aufdecken. Es beständen bereits Gerichte in Magdeburg, Halle, Wernigerode, Stettin; die für Breslau stehen in baldiger Aussicht. Aus Suhl und mehreren anderen Orten seien Anträge auf Errichtung von Gewerbegerichten bereits eingelaufen; es werden sich also Erfahrungen über das Institut bald sammeln lassen.

Nachdem noch Abg. Hirsch sich mit wenigen Worten vom Platze für das Gesetz ausgesprochen, beschließt die Kammer, in die spezielle Debatte nicht einzugehen und nimmt sodann den Kommissions-Antrag mit großer Majorität an.

Die Kammer geht jetzt zum Bericht der Kommission für Finanzen Zölle über die Verordnung vom 3. März c. betreffend die Aenderung des Zolltarifs in Rücksicht auf den Eingangszoll für ungereinigte Soda.

Die Kommission trägt darauf an: Die Kammer wolle zu der Verordnung vom 3. März d. J. betreffend die Abänderung des Zolltarifs für die Jahre 1846 bis 1848 hinsichtlich des Eingangs-Zolles auf ungereinigte Soda nachträglich ihre Genehmigung ertheilen.

Abg. Mohr zeigt die Wichtigkeit der Soda und ihre Bedeutsamkeit für die Fabrikation, die Landwirthschaft, für Färbereien, Seidenfabriken und Glashütten und empfiehlt den Schutz für diesen Stoff, damit nicht im Fall eines Krieges das Inland empfindlichen Mangel leide.

Abg. Camphausen, als Referent, weist auf die Zolldefrauden hin, welche die Begriffsbestimmung im Zolltarife zur Folge gehabt und auf den geringen Verbrauch, den die rohe Soda habe; er könne daher den Antrag der Commission nur empfehlen, den dieselbe mit Stimmeneinhelligkeit gefaßt habe. Bei der hierauf erfolgenden Abstimmung wird der Commissions-Antrag mit großer Majorität angenommen. Die Kammer geht jetzt auf den Bericht der Justizkommission über die vorläufige Verordnung vom 18. Dezember 1848, betreffend die bäuerliche Erbfolge in der Provinz Westphalen. Die Commission schlägt vor, die Dringlichkeit des Erlasses dieser Verordnung anzuerkennen und demselben in unveränderter Fassung nachträglich die Genehmigung zu ertheilen.

Der Referent Abgeordneter Evelt giebt einen kurzen geschichtlichen Ueberblick auf die Verhältnisse des westphälischen Bauernstandes und weist nach, daß das Gesetz vom 13. Juli 1836, welches ein neues Erbfolgegesetz einführte, nachtheilig gewirkt habe, weil es einen Zustand künstlich zurückzuführen sucht, der früher ein Produkt eigenthümlicher Institutionen war. Da vorliegende Verordnung dieses Gesetz abschafft, so empfehle er unveränderte Annahme derselben, ohne in die spezielle Debatte einzugehen.

Nach einigen Bemerkungen des Referenten wird sodann der Commissions-Antrag unverändert angenommen.

Schluß der Sitzung 3 Uhr. Die nächste Sitzung findet Freitag 10 Uhr statt. Tagesordnung: Verfassungsrevision.

Locales rc.

V. — Posen, den 9. Novbr. Wie wir bereits gemeldet, wird der General-Lieutenant v. Steinäcker hier am Sonnabend, den 10ten Abends 7 Uhr, von Berlin aus erwartet. Zu seinem festlichen Empfang hat sich aus der Bürgerschaft ein Comité gebildet, welches gestern den Beschluß gefaßt hat, eine Deputation von 12 Personen zur ersten Begrüßung des Vaters Steinäcker auf dem Bahnhofe abzuordnen, die ihn durch das von ihm zuerst zu betretende neue Berliner Thor in die Stadt geleiten wird. Am Thore wird den verehrten Chef das hiesige Offizier-Corps mit Fakeln und Militairmusik empfangen und im feierlichen Zuge nach dem Kommandantur-Hôtel am Wilhelmsplatz führen. — Inzwischen wird die Bürgerschaft auf dem Platz vor Hôtel de Vienne gleichfalls zu einem Fackelzuge sich versammeln und begleitet vom hiesigen Männer-Gesangverein sich nach der Wohnung des Gefeierten begeben, um ihm eine Serenade zu bringen. — Es steht zu hoffen, daß die Einwohnerschaft, welche dem Heimkehrenden seit Jahren Viel verdankt, bei der wohlwollenden Demonstration sich recht zahlreich betheiligen wird.

V. — Auch der Geburtstag Ihrer Majestät der Königin wird am 13ten von hiesigen Bürgern durch ein frugales Abendessen im Odeum festlich und zwar in der Art begangen werden, daß die Kosten der Couverts für Unbegüterte, welche Einladungen erhalten sollen, von den bemittelten Theilnehmern — deren bereits über hundert gezeichnet haben — übertragen werden. Eingeladen werden hauptsächlich Bürger, die sich bei den Wahlen zur Kammer als dem Königshause und der Regierung wohlgesinnt gezeigt haben.

◯ Posen, den 9. November. Sitzung der Stadtverordneten vom 7. Novbr. (Fortsetzung.) Der Stadtverordnete Hr. Kaatz trug einen Commissionsbericht in Betreff der zu erbauenden Eisenbahnen nach Frankfurt a/O., nach der Polnischen Grenze und nach Bromberg vor. Die Commission erkannte die Nothwendigkeit der beiden ersten Bahnen an, weil dadurch das große Eisenbahnnetz, das den mittleren und westlichen Theil des Preußischen Staats schon bedeckt, erst vervollständigt werde und ein letztes nothwendiges Glied im Osten erhalte, und weil aus verläßlichen Quellen bekannt geworden, daß die Russische Regierung nunmehr die bestimmte Absicht habe, eine Eisenbahnlinie von Warschau nach der Posener Grenze, zur Gewinnung einer direkten Verbindung mit der Preußischen Hauptstadt, herzustellen. Die dritte Linie, von Posen nach Bromberg, erscheine für den Augenblick minder wichtig, und müsse deren Bau für die Zukunft, wo auch für sie ein Bedürfniß sich herausstellen werde, vorbehalten bleiben. Die Commission besorgte jedoch, daß nach dem Schicksal, welches die erbetene Bahn von Posen nach Breslau unlängst in der zweiten Kammer gehabt, für den Augenblick wenig Hoffnung auf einen günstigen Erfolg für die erwähnten Schienenwege vorhanden sei, und schlug vor, das diesfällige Gesuch an die Posener Deputirten abgehen zu lassen, um es nach Ermessen den Kammern und dem Ministerium zur geneigten Berücksichtigung zu überreichen. Der Stadtverordnete Hr. v. Crousaz erklärte sich gegen die Petition, weil jetzt doch kein Erfolg davon zu erwarten sei. Der Magistrats-Dirigent, Ober-Bürgermeister Naumann, sprach sich dahin aus, daß der Antrag nicht an die Kammern, wohl aber an das Ministerium zu richten sein dürfte, damit dasselbe für die genannten Bahnen Interesse gewinne, und später deren Bau veranlasse. In ähnlichem Sinne sprachen sich mehrere Stadtverordnete aus, worauf fast einstimmig der Beschluß gefaßt wurde, das sehr gründlich motivirte Gesuch an das Ministerium abgehen zu lassen.

Hiernächst wurde die Turnfrage wieder aufgenommen. Der Vorsitzende, Hr. Müller zeigte Namens der Commission der Versammlung an, daß die Aufforderungen an die hiesigen Schuldirektoren, sich mit ihren resp. Anstalten an einer zu errichtenden, allgemeinen Turnanstalt betheiligen zu wollen, von allen Seiten abgelehnt worden, und demnach nichts übrig bleibe, als entweder ein eignes Turn-Institut für die städtische Schuljugend zu errichten, oder die vorgeschlagene Verbindung mit dem Friedrich-Wilhelms-Gymnasium einzugehen. Hr. Kaatz vervollständigte den Bericht dahin, daß nicht zum Vortheil des genannten Gymnasiums, sondern lediglich zum Vortheil des Stadt-Aerars die vorgeschlagene Verbindung von der Commission empfohlen worden. Ein Antrag des Hrn. Szymański, eine Anfrage an das Marien-Gymnasium bezüglich einer Verbindung mit dieser Anstalt zu richten, wobei die Stadt möglicherweise noch wohlfeiler zu ihrem Zwecke komme,

fand, nachdem bemerkt worden, daß das Marien-Gymnasium nur einen sehr beschränkten Turnplatz besitze, keine Unterstützung. Nun erklärte sich Hr. St.-V. Matecki gegen jede Vereinigung mit einem Gymnasium und verlangte die Herstellung eigener, nach dem Erforderniß beschränkter Turnanstalten bei jeder einzelnen Elementarschule, wodurch man den Uebelstand zu weiter Entfernung vom Turnplatze beseitige, und auch wohlfeiler davon komme. Dem widersprachen die Herren Müller und Kaatz, indem durch den Ankauf, wenn auch beschränkter Apparate, und durch Besoldung eigener Turnlehrer für jede einzelne Anstalt jedenfalls die Kosten verdoppelt werden würden. Hr. Matecki gewahrte in der Verbindung mit dem Friedr.-Wilh.-Gymnasium einen „politischen Coup", und als die Commissionsmitglieder sich dagegen verwahrten, berichtigte Hr. Matecki seine Bemerkungen dahin: daß eine solche Verbindung im Publikum als ein „politischer Coup" angesehen werden würde. Ihm erwiederte der Vorsitzende, daß ja nur Turnplatz und Apparat gemeinschaftlich seien, sonst aber gar keine Vereinigung stattfinde, da die städtischen Elementarschüler zu anderen Zeiten, als die Gymnasiasten, turnten, und zwei eigene Turnlehrer erhalten sollten, die überdies beide Polen seien, so daß der Verdacht eines politischen Coups unmöglich Platz greifen könne. Noch erklärte Herr Stadrath Kießling, daß, falls eine solche Absicht wirklich unterstellt werden könnte, er seinen auf Vereinigung mit dem Friedr.-Wilh.-Gymnasium lediglich aus ökonomischen Gründen gerichteten Vorschlag sofort zurückziehen werde. Der Antrag auf Schluß der Debatte wurde unterstützt und dann zur Abstimmung geschritten, welche das Resultat ergab, daß die von der Commission empfohlene Vereinigung mit dem Friedr.-Wilh.-Gymnasium genehmigt werde. (Schluß folgt.)

Berichtigung. In dem gestrigen Referate Zeile 12. lies statt: „spannungslos" — „schonungslos"

‡ Bromberg, den 8. November. Unseren hiesigen Spekulanten und Gewerbtreibenden ist ein großer Stein vom Herzen genommen durch die über die Ostbahn gefaßten Beschlüsse der zweiten Kammer. Mancher hatte bereits Grundstücke in der Nähe des hier anzulegenden Bahnhofs zu hohen Preisen gekauft, Mancher hatte die Aussicht bei dem über die Brahe zu führenden Brückenbau, so wie bei den Bahnhofsgebäuden einen Verdienst zu haben, der mit Rücksicht auf den Bau der Eisenbahn hier in's Leben gerufene Droschkenverein, die Handarbeiter und mit ihnen direkt oder indirekt wohl die ganze Stadt hofften auf die Hebung des Verkehrs und die Verschönerung unserer Stadt — da sollten mit einem Male alle diese Aussichten durch die Riesenpetition der Provinzen Pommern und Westpreußen zerstört werden, und viele hiesige Einwohner sahen den Kammerverhandlungen über die Eisenbahn um so ängstlicher entgegen, als die Stelle eines Deputirten für unsern Bezirk gerade erledigt war. Jetzt dagegen regt sich neues Leben unter den Gewerbtreibenden und es wird nun alles Ernstes an die Ausführung der mit der Bahn in Verbindung stehenden mannigfachen Bauten gedacht. — Die Stelle unseres Deputirten für die zweite Kammer scheint wohl noch einige Zeit unbesetzt bleiben zu sollen. Die Wahlmänner der Kreise Wirsitz und Schubin weigern sich nämlich, dem Vernehmen nach, nochmals nach Bromberg zur Wahl zu kommen, und meinen, jetzt wäre die Reihe am Bromberger Kreise, zu ihnen zu kommen. Die Sache soll bis an's Ministerium zur Entscheidung gegangen sein.

♈ Zur Chronik Posens. (Fortsetzung.)

Von der äußern Gestalt Posens berichten die alten Chronikschreiber viel Lobenswerthes. Alle stimmen darin überein, daß es unter den Städten Polens stets zu den ausgezeichnetsten gehört habe. Kromer sagt, es wetteifere mit Krakau, Sarnicki nennt es eine sehr schöne Stadt. Gwagnin sagt: Posen ist eine ausgezeichnet Stadt Großpolens, ihre Häuser sind sehr schön und aus gehauenen Steinen errichtet. Ebenso loben es Starowolski, Cellarius und Andere. Ein höchst trauriges und selbst widriges Ansehen bot die Stadt nach den Schwedenkriegen dar, wie die Archivacten von 1756 darthun. Fast alle Straßen lagen in Schutt und Asche, die Brücken waren zerstört, die Thore zertrümmert und die Unreinlichkeit und Unordnung war so grenzenlos, daß von der städtischen Verwaltung 7000 Gulden jährlich für Reparaturen festgesetzt und die Bewohner der Kämmereidörfer verpflichtet wurden, den Straßenkoth auszuführen, wie denn überhaupt eine Feuerkasse errichtet und andere äußerst wohlthätige, zur Hebung der Stadt geeignete, Anordnungen getroffen wurden. Der Preis der Häuser war im 16. Jahrhundert fast so wie jetzt. So verkaufte 1549 der Schuhmacher Jarczak dem Bierbrauer Chodzielski sein Haus auf der Wasserstraße für 2800 Mark oder nach unserm Gelde für 5334 Rthlr,. ebenso kaufte 1574 Martin Schramm ein Haus auf der Breiten Straße von Mathias Polei für 4000 damalige Gulden (jetzt 6666 Rthlr.) — Die Besoldung der städtischen Beamten war ziemlich niedrig. So erhielt der Stadtbaumeister Baptista nach dem Contracte von 1552, wonach er verpflichtet war, alle Stadtbauten mit Eifer, Fleiß und Sorgfalt auszuführen, eine jährliche Remuneration von 100 Gulden (166 Rthlr. 20 Sgr.), für Kleidung 3 Mark (c. 9 Rthlr. 12. Sgr.) und 2 Gulden 30 Groschen zu einem Ueberrock (Kabat).

Von der Festung und Besatzung. Die Lage der Stadt Posen war, weil es Hügeln, Wasser und Sümpfe umgaben nach der Ansicht früherer Jahrhunderte ganz besonders zu Befestigungswerken geeignet Wann und von wem Posen zuerst mit dergleichen versehen worden sei, läßt sich zwar nicht ermitteln, allein so viel geht aus der Geschichte hervor, daß Boleslaw der Tapfere, einer der größten und ritterlichsten Polnischen Monarchen, die Stadt befestigt habe, denn als sich 1005 Boleslaw vor der Uebermacht des Deutschen Kaisers Heinrich II. zurückziehen mußte, machte er hier Halt und fügte durch Hinterhalt und Ausfälle dem feindlichen Heere so empfindliche Verluste zu, daß der Kaiser Frieden schloß, woraus einleuchtet, daß Posen der Stützpunkt des Polnischen Heeres gewesen sein muß. Im Jahre 1148 belagerte es Wladislaw II., suchte es mehrmals mit Sturm zu nehmen, vermochte aber nicht, die mit Graben, Bastionen und Palisaden befestigte Residenz seiner Brüder zu erobern. Als jedoch Przymislaw I. das jetzige Posen am linken Wartheufer um 1240 anlegte und es sogleich mit Gräben und Palisaden umgeben ließ, wurden die Befestigungen am rechten Ufer minder beachtet und hörten vielleicht ganz auf, da ihrer wenigstens von der Zeit ab nicht mehr Erwähnung gethan wird. Przymislaw versprach der Stadt überdies die Unterhaltung zweier Armbrustschützen (ballistarii). Wladislaw der Ellenlange vermehrte sogar die Anzahl derselben und überwies zu diesem Zwecke einen Theil der Einnahme von Góreczyn. Obgleich die Befestigungswerke Przymislaws nur von Holz waren, so müssen sie doch sehr fest gewesen sein, da der König Johann von Böhmen, Bundesgenosse der Kreuzritter, Posen 1331. vergeblich belagerte, sich vielmehr mit einem Verluste von 700 Mann zurückziehen mußte. Kasimir der Große umgab die Stadt an Stelle der hölzernen Planken mit einer starken Mauer, Gräben und Bastionen um 1350. Im 15. Jahrhundert wurden der Stadt die Festungswerke als Eigenthum überwiesen und von nun an eine drückende Last derselben. Im 16. und 17. Jahrhundert war Posen auf folgende Weise befestigt: Eine Doppelmauer, die eine niedriger, die andere höher, vor ihnen ein Graben mit Wasser gefüllt, umgab die Stadt. Die Festungswerke fingen gleich hinter dem Schloß (dem jetzigen Appellationsgericht) an, zogen sich um die jetzige Frohnfeste und das Katharinenkloster zum Wronkerthor hin, von hier zum Dominikanerkloster, dann wendeten sie sich von der großen Mühle nach dem Walischeithore, hierauf in grader Richtung zum Wasserthore, von da zogen sie sich hinter dem jetzigen „neuen Markte" nach dem finstern Thore und dem Jesuitenkloster (dem heutigen Regierungsgebäude) hier endeten sie hinter der Breslauerstraße nach dem Breslauerthor zu und von da zogen sie sich hinter der Hunde- (jetzt Schul-) Straße und dem Theresien- und Franziskanerkloster bis zur Schloßpforte hin*). Diese Mauern waren mit zahlreichen Bastionen versehen; von ihnen waren 4 vom Breslauerthor bis zum Schloß, sowohl in der ersten als in der zweiten Mauer; vom Wronkerthor bis zur Dominikanerpforte nach den Grofer Wiesen hin waren in der ersten Mauer 4, in der zweiten 7; von dieser Pforte bis zum großen Thor (Walischeithor) 5 in jeder der Mauern, von hier bis zum Wasserthor war keine Bastei; vom Wasserthor bis zum Breslauerthor waren dagegen viele Basteien, welche jedoch schon im 16. Jahrhundert zu Wohnungen für Geistliche eingerichtet waren. Hauptthore in diesen Mauern waren: das große, Wasser- Breslauer und Wronkerthor; außer diesen waren noch eine Menge kleinerer Thore und Pforten z. B. hinter dem Schlosse, am Ende der Judenstraße, bei den Dominikanern und am heutigen neuen Markte. In spätern Zeiten, besonders wegen der Schwedenkriege verstärkte man die Befestigungen noch durch Schanzen, Gräben, Wälle uod Palisaden. So wurde 1660. eine auf dem Wallgraben hinter dem Breslauerthor stehende Mühle abgerissen und an deren Stelle eine Schanze errichtet. August II. umgab die Stadt ringsherum mit Schanzen um 1712. Die Erhaltung der Festungswerke in gutem Zustande lag dem Magistrate ob, jedoch wurden auch einige Basteien von den Handwerkerinnungen im Stande erhalten; ebenso verpflichteten sich die Jesuiten, die Mauern um ihr Kollegium auf eigene Kosten zu unterhalten. Die fortwährende Instandhaltung dieser ausgedehnten Befestigung überstieg die Kräfte der Stadtkasse und der Innungen; deshalb geriethen die Festungswerke nach und nach in dem Grade in Verfall, daß schon in der Mitte des 16. Jahrhunderts verschiedene Personen die Bastionen, Thürme und andere Theile der Festungswerke zum Privatgebrauch und zu Wohnungen benutzten. Ein im Archiv befindliches Rescript Sigismund Augusts vom 8. Apil 1549. befiehlt deshalb dem Magistrate mit aller Strenge, die von Privatpersonen bewohnten Thürme und Basteien ohne Rücksicht der Person zu räumen. Im größten Verfall waren die Posener Festungswerke nach dem Schwedenkriege unter Johann Kasimir. An die höchsten Mauern lehnte sich die ärmste Volksklasse mit ihren elenden Hütten an, welche jedoch später von den Schweden abgebrochen wurden, und bauete die Häuser hart an den Gräben. Johann Kasimir befahl jedoch 1659, daß alle Bauten an der Mauer und den Gräben wegzureißen seien und nur in einer Entfernung von 40 Schritten Häuser stehen dürften.

(Fortsetzung folgt.)

*) Spuren dieser Werke findet man heute noch hinter der Frohnfeste nach dem Wronkerthor zu, hinter dem Dominikanerkloster, an der Rotunde, in der Schulstraße u. a O. Das Walischei und das Wasserthor lagen mehr westlich von der Walischei- und Grabenbrücke

Verantw. Redakteur: C. E. H. Violet.

Kirchen-Nachrichten für Posen.

Sonntag den 11. November c. werden predigen:
Ev. Kreuzkirche. Vm. u. Nachm.: Ein Kandidat.
Ev. Petrikirche. Vm. u. Nachm.: Ein Kandidat.
Garnisonkirche. Vm.: Herr Kand. Hesse.
Christkathol. Gem.: Vm. und Nachm. Herr Pred. Post.
Im Tempel des Isr. Brüdervereins: Sonnabend Vorm. 9½ Uhr Gottesdienst.
In den Parochieen der genannten christlichen Kirchen sind in der Woche vom 2. bis 8. November 1849:
Geboren: 6 männl., 3 weibl. Geschlechts.
Gestorben: 7 männl., 6 weibl. Geschl.
Getraut: 3 Paar.

Markt-Berichte.

Posen, den 9. November.

Weizen 1 Rthlr. 23 Sgr. 4 Pf. bis 2 Rthlr. Roggen 26 Sgr. 8 Pf bis 1 Rthlr. Gerste 22 Sgr. 3 Pf. bis 26 Sgr. 3 Pf. Hafer 14 Sgr. 3 Pf. bis 16 Sgr. Buchweizen 22 Sgr. Pf. bis 28 Sgr. 11 Pf. Kartoffeln 9 Sgr. bis 10 Sgr. Heu der Centner zu 110 Pfund 18 Sgr. bis 22 Sgr. Stroh das Schock zu 1200 Pfund 4 Rthlr. bis 4 Rthlr. 10 Sgr. Butter ein Faß zu 8 Pfd. 1 Rthlr. 15 Sgr. bis 1 Rthlr. 20 Sgr.

Berlin, den 7. November.

Am heutigen Markt waren die Preise wie folgt: Weizen nach Qualität 52—57 Rthlr. Roggen loco und schwimmend 26½—28 Rthlr., pr. Novbr. 26 u. 26¼ Rthlr. bez., Novbr./December 26 Rthlr. Br., 26¼ G., pr. Frühjahr 28 Rthlr. bez. u. Br., 27¾ G. Gerste, große loco 25—26 Rthlr., kleine 20—22 Rthlr. Hafer loco nach Qualität 16 - 17 Rthlr., pr. Frühjahr 48pfd. 16 Rthlr. Br., 15½ G., 50pfünd. 17 Rthlr. Br., 16 G. Rüböl loco 14⅚ Rthlr. bez. u. Br., 14¾ G., pr. November 14¾ Rthlr. u. Br., Novbr./December 14⅔ Rthlr. Br., 14 7/12 G., December/Januar 14½ Rthlr. Br., 14 5/12 G., Jan./Februar 14½ Rthlr. Br., 14⅓ G., Febr./März 14 5/12 Rthlr. Br., 14¼ G., März/April 14 Rthlr. bez. u. Br., 13 11/12 G., April/Mai 13⅝ a 14 Rthlr. bez., 13⅚ G. Leinöl loco 12½ Rthlr. Br., Novbr./Decbr. 12 5/12 Rthlr. Br., pr. Frühjahr 12 Rthlr. Br., 11¾ G. Mohnöl 15½ Rthlr. Hanföl 13½ Rthlr. Palmöl 12 Rthlr. Südsee-Thran 12½ Rthlr.

Spiritus loco ohne Faß 14⅛ a 14¼ Rthlr. verk., mit Faß pr. Novbr. u. Novbr./December 14⅙ Rthlr. Br., 14 G., pr. Frühjahr 15⅚ Rthlr. Br., 15¾ bez.

Berliner Börse.

Den 8. November 1849.	Zinsf.	Brief.	Geld.
Preussische freiw. Anleihe	5	—	—
Staats-Schuldscheine	3½	88⅝	88⅛
Seehandlungs-Prämien-Scheine	—	—	101
Kur- u. Neumärkische Schuldversch.	3½	86¾	—
Berliner Stadt-Obligationen	5	103⅝	—
Westpreussische Pfandbriefe	3½	89⅞	89⅜
Grossh. Posener »	4	—	—
» »	3½	89¾	89¼
Ostpreussische »	3½	95	94½
Pommersche »	3½	96	—
Kur- u. Neumärk. »	3½	95¾	95¼
Schlesische »	3½	—	94½
» v. Staat garant. L. B.	3½	—	—
Preuss. Bank-Antheil-Scheine	—	96	95
Friedrichsd'or	—	13 7/12	13 1/12
Andere Goldmünzen à 5 Rthlr.	—	12⅔	12⅙
Disconto	—	—	—
Eisenbahn-Actien (voll. eingez.)			
Berlin-Anhalter A. B.	4	88	—
» Prioritäts-	4	93¾	—
Berlin-Hamburger	4	—	81
» Prioritäts-	4½	—	98
Berlin-Potsdam-Magdeb.	4	63½	6[illegible]
» » Prior. A. B.	4	91¾	—
» » »	5	101	—
Berlin-Stettiner	4	102¼	102¼
Cöln-Mindener	3½	—	94
» Prioritäts-	4½	100¼	—
Magdeburg-Halberstädter	4	—	—
Niederschles.-Märkische	3½	83	—
» Prioritäts-	4	93¾	—
» »	5	—	102⅛
» » III. Serie	5	101	—
Ober-Schlesische Litt. A.	3½	—	106
» » B.	3½	104	—
Rheinische	—	—	—
» Stamm-Prioritäts-	4	80	—
» Prioritäts-	4	—	—
» » v. Staat garantirt	3½	—	—
Thüringer	4	—	65½
Stargard-Posener	3½	84	83¾

Druck und Verlag von W. Decker & Comp. in Posen.